



Antrag

der Fraktion der FDP

Versorgung sichern - gemeinsame Krankenhausplanung mit Hamburg auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein ist politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich auf vielfältige Art und Weise mit der Freien und Hansestadt Hamburg eng verflochten. Beide Länder profitieren von dem intensiven länderübergreifenden Austausch und der Zusammenarbeit in vielen Lebensbereichen. Im Gesundheitswesen zeigt sich dies besonders bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten in der stationären Versorgung. Der Anteil von Patientinnen und Patienten aus Schleswig-Holstein in Hamburger Krankenhäusern ist signifikant. Die dauerhafte Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung unter Berücksichtigung der freien Arztwahl beziehungsweise der freien Wahl des Krankenhauses muss höchste Priorität haben.

Gerade vor dem Hintergrund der länderübergreifenden Versorgung von Patientinnen und Patienten sowie der künftigen planerischen und finanziellen Herausforderungen im Zuge der Krankenhausfinanzierungs- und -strukturreform, ist eine länderübergreifende Krankenhausplanung ein sinnvolles Instrument zur dauerhaften Versorgungssicherung.

Der Landtag bittet die Landesregierung, den Prozess der Krankenhausstrukturreform und der auch damit verbundenen Erforderlichkeit zur Neuaufstellung des Landeskrankenhausplanes zu nutzen, und eine gemeinsame Krankenhausplanung mit der Freien und Hansestadt Hamburg anzustreben.

Hierbei kann eine Kooperationsvereinbarung zwischen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, die

- die planerische Versorgung der Bevölkerung in beiden Ländern,
- die Förderung von Synergien in der hochkomplexen Spezialversorgung,
- die Identifikation und den Abbau von Doppelstrukturen sowie
- die jeweils erforderliche Anpassung landeseigener Finanzierungsregelungen für eine gemeinsame Investitionsfinanzierung

zum Inhalt hat, ein erster wichtiger Schritt für eine zukünftig gemeinsame Krankenhausplanung sein, die eine dauerhafte Versorgung der Menschen in der Metropolregion sichert.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion